

Stellungnahme zur Einführung einer Übergewinnsteuer, Drucksache 20/4485

An den
Vorsitzenden der SSW-Fraktion und
des Finanzausschusses
im Landtag von Schleswig-Holstein
Herr Christian Dirschauer

Berlin, 16.09.2026

Sehr geehrter Herr Dirschauer,

wir bedanken uns für die Möglichkeit einer schriftlichen Stellungnahme zur Einführung einer Übergewinnsteuer.

Greenpeace Deutschland begrüßt ausdrücklich die Initiative der SPD-Landtagsfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Sie adressiert mit der Abschöpfung unfairer Krisengewinne bei Energiekonzernen und der Entlastung von besonders betroffenen Menschen nicht nur die kurzfristigen Herausforderungen. Mit der Forderung nach Elektrifizierung und Ausbau von Erneuerbaren Energien fördert der Vorschlag die langfristige Unabhängigkeit von fossilen Importen und macht uns damit resistenter gegen zukünftige Krisen.

Angesichts von einem aktuellen Ölpreis von über 100 US-Dollar sowie neuen Rekord-Preisen an den Tankstellen und beim Heizöl im September 2026, wird dieser Vorstoß noch einmal umso dringlicher.

Übergewinne auf Rekordniveau

Die Mineralölkonzerne nutzen den Krieg gegen den Iran schamlos aus, um ihre Gewinne zu maximieren, während Verbraucher:innen unter den hohen Energiepreisen ächzen und die Inflation steigt. Seit dem Angriff der USA auf den Iran sind die Preise an den Tankstellen in explodiert, Heizöl- und Gaspreise sind auf Rekordniveau. Gleichzeitig haben die großen Ölkonzerne ihre Gewinne verdoppelt. Aramco, BP, Shell, Equinor, TotalEnergies, Eni, Chevron und ExxonMobil haben im 2. Quartal 2026 weltweit 93 Milliarden US-Dollar Gewinne eingefahren - im Vorjahresquartal waren es 50 Milliarden US-Dollar.¹ Während ein großer Teil der Gewinne im Upstream-Markt erwirtschaftet wurde, konnten die Ölkonzerne auch im Downstream-Markt erhebliche Gewinnsteigerungen erzielen.

Der Verband der Mineralölindustrie en2x argumentiert oft, dass die hohen Tankstellen-Preise in Deutschland allein dem gestiegenen Rohölpreis und den Versorgungsengpässen zu schulden sind. Analysen des Öl-Experten Steffen Bukold im Auftrag von Greenpeace zeigen jedoch, dass die Tankstellenpreise in Deutschland viel stärker gestiegen sind als der Rohölpreis. Zwischen März und August haben die Ölkonzerne so allein hier in Deutschland ca. 3,9 Milliarden Euro zusätzliche Gewinne verbucht².

¹ Guardian (2026). Revealed: major oil firms make \$93bn profits amid war and climate crisis.
<https://www.theguardian.com/business/ng-interactive/2026/aug/04/revealed-major-oil-firms-make-93bn-profits-amid-war-and-climate-crisis>

² Greenpeace (2026). Tankstellenpreise: Übergewinne im Juli auf Rekordniveau. Eine Bestandsaufnahme nach fünf Monaten. https://www.greenpeace.de/publikationen/Uebergewinne_Tankstellen_Juli_2026.pdf

Es ist ungerecht und der Bevölkerung nicht vermittelbar, dass die Mineralölkonzerne auf Kosten der Verbraucher:innen derart hohe Gewinne einfahren. Hierbei handelt es sich nicht um 'normale' Gewinne. Unter normalen Umständen und ohne die unvorhersehbaren Ereignisse bei der Straße von Hormus hätten die Ölkonzerne niemals derart hohe Gewinne erwirtschaften können.

Die Rekordgewinne schaden nicht nur kurzfristig den Menschen – sie verlängern auch das fossile Geschäftsmodell, das unseren Planeten zerstört. Eine Auswertung im Auftrag von Greenpeace der Jahresabschlüsse von 12 europäischen Ölkonzernen aus dem Energiekrisenjahr 2022 zeigte, dass damals im Schnitt 92,7 % der Investitionen im fossilen Stammgeschäft verblieben und lediglich 7,3 % in erneuerbare oder dekarbonisierte Projekte flossen.³ Die Gewinne landen also wieder in der Erschließung und Förderung fossiler Brennstoffe. Von Öl-Unternehmen erwartet niemand eine freiwillige Umkehr zu sauberer und bezahlbarer Energie. Auch deswegen braucht es hier eine staatliche Intervention.

Übergewinnsteuer

Den Vorstoß für eine neue Übergewinnsteuer begrüßen wir ausdrücklich. Es wird dringend Zeit, dass so die Übergewinne der Mineralölkonzerne abgeschöpft und mit den Einnahmen Menschen entlastet und die Unabhängigkeit vom Öl vorangetrieben wird. Als Antwort auf die hohen Energiepreise während der Ukraine-Krise hat die Europäische Union im Oktober schon einmal eine befristete Übergewinnsteuer ('Solidaritätsbeitrag' oder 'EU-Energiekrisenbeitrag') für Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und Raffinerie-Unternehmen eingeführt für die Jahre 2022 und 2023 eingeführt (EU-Verordnung 2022/1854). Besteuert wurden damals Gewinne, die 20% über dem Durchschnittsgewinn 2018-2021 lagen; der Mindeststeuersatz lag bei 33%. Deutschland hat durch diese Steuer 2,4 Milliarden Euro eingenommen;⁴ die Einnahmen waren zweckgebunden für die Unterstützung von Endkunden sowie Maßnahmen für Energieeffizienz und Energieautonomie.

Der EU-Energiekrisenbeitrag liefert eine hilfreiche Blaupause für eine neue Übergewinnsteuer – allerdings sollte der Steuersatz auf Übergewinne diesmal erhöht werden. Während der Ukraine-Krise erhob Italien z.B. einen Satz von 50%, Tschechien von 60%. Greenpeace fordert einen Steuersatz von 100% um die ungerechtfertigten Übergewinne komplett abzuschöpfen.

Bundesfinanzminister Klingbeil hat zusammen mit den Finanzministern einiger anderer EU-Mitgliedsstaaten für die Wiedereinführung dieser Steuer auf europäischer Ebene geworben. Der Vorstoß wurde aber bisher von der EU-Kommission zurückgewiesen. Statt auf die EU zu warten, sollte Deutschland auf eigene Faust eine Übergewinnsteuer einführen. Auch andere EU-Mitgliedsstaaten ergreifen schon diese Möglichkeit. Portugals Regierung hat dem Parlament im Juli 2026 bereits einen Vorschlag für eine befristete Übergewinnsteuer vorgelegt. Auch Polen plant eine befristete Erhöhung der Körperschaftssteuer. Das Vereinigte Königreich erhebt seit 2022 eine Übergewinnsteuer auf Öl- und Gasunternehmen und hat den Steuersatz schrittweise erhöht.

Zweckbindung der Übergewinnsteuer

Die Energiekrise belastet Haushalte mit wenig Einkommen besonders stark. Die Einnahmen aus einer Übergewinnsteuer dürfen deswegen keinesfalls im allgemeinen Haushalt versickern. Sie müssen strikt zweckgebunden in Maßnahmen fließen, die besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen entlasten und gleichzeitig die Unabhängigkeit von fossilen Energien verringern. Beispiele hierfür könnten sein: reduzierte oder kostenlose Deutschlandtickets für Menschen mit wenig Einkommen oder Kinder und Jugendliche;

³ EnergyComment (2023). The Dirty Dozen. The Climate Greenwashing of 12 European Oil Companies. <https://www.energycomment.de/wp-content/uploads/2024/03/Dirty-Dozen-Oil-Report.pdf>

⁴ Bundestag (2025), Drucksache 21/2979, <https://dserver.bundestag.de/btd/21/029/2102979.pdf>

Förderung für Balkonkraftwerke oder ein Leasing-Programm für Wärmepumpen. Mit solchen Maßnahmen werden Haushalte in Deutschland auch resilienter gegen zukünftige fossile Krisen.

Die Mittel dürfen hingegen nicht genutzt werden, um fossile Energien weiter zu verbilligen (z.B. keine Neuauflage des Tankrabatts), denn das würde unsere Abhängigkeit nur weiter verlängern.

Unabhängigkeit von fossilen Importen

Deutschland bezieht immer noch 62% seiner Primärenergie aus Öl und Gas - bei beiden Energieträgern sind wir so gut wie vollständig abhängig von Importen. Solange wir an Öl und Gas hängen, wird jede Krise an den globalen Märkten uns erneut hart treffen, und zwar nicht nur an Tankstellen und bei der Heizrechnung. Öl und Gas treiben auch die Kosten für die Wirtschaft allgemein und heizen die Inflation an.

Die beste Vorsorge ist es deswegen, uns aus der Abhängigkeit von Öl und Gas zu lösen, indem Erneuerbare hier vor Ort schnell ausgebaut werden und die Elektrifizierung aller Sektoren vorangetrieben wird. Das schützt uns vor hohen Lebenshaltungskosten und ist obendrein unabdingbar für den Klimaschutz.

Schleswig-Holsteins Rolle als Vorreiter stärken

Greenpeace fordert die Landesregierung Schleswig-Holstein auf, die Stoßrichtung des Antrags aufzugreifen und sich im Bundesrat aktiv für eine wirksame Übergewinnsteuer einzusetzen.

Ein Antrag der Bundesländer Bremen, Niedersachsen, Saarland, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern vom März 2026 fand damals keine Mehrheit im Bundesrat.⁵ Mittlerweile könnte eine entsprechende Initiative im Bundesrat aber angesichts Ölpreise von über 100 US-Dollar durchaus eine Mehrheit finden.

Schleswig-Holstein besitzt zudem als Windenergie-Land ideale Voraussetzungen, um zu zeigen, wie der Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle gelingt. Wir begrüßen deswegen das Ziel des Landes, schon 2040 klimaneutral zu werden und den Ausbau von Erneuerbaren und Netzen voranzutreiben. Auch die Position der Landesregierung, Gasbohrungen vor Borkum zu stoppen und das Unitarisierungsabkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden im Bundesrat abzulehnen, sollte beibehalten werden.

Eine Vorreiterrolle einzunehmen, heißt aber auch eine klare Absage an zusätzliche fossile Infrastruktur. Die Landesregierung sollte deswegen darauf einwirken, dass das feste LNG-Terminal in Brunsbüttel nicht gebaut wird und die zweite Genehmigung hierfür nicht erteilt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Lena Donat

Kontakt:
Lena Donat
Greenpeace e.V.
Politische Vertretung
Marienstraße 19-20
10117 Berlin
Lena.donat@greenpeace.org

⁵ <https://dip.bundestag.de/drucksache/entschlie%C3%9Fung-des-bundesrates-zur-verhinderung-ungebremster-preisstiegerungen-an-den-zapfs%C3%A4ulen/286179>

Mobil: +49 151-74290542